

Februar

2003

Rechtsextreme Phänomene in Berlin-Friedrichshain und Möglichkeiten der demokratischen Intervention

Ulrich Bahr, Dierk Borstel,
Claudia Dantschke, Frank Gutermuth,
Cornelia Pust, Catharina Schmalstieg,
Babett Simon, Ralph Stobwasser

unter Mitarbeit von:

Alexandra Klein, Desiree Pilz,
Lisa Rüter

Schriftenreihe

Zentrum

Demokratische

Kultur



0.	Vorwort	4
I.	Einleitung	6
II.	Begriffserklärung	8
	1. Rechtsextremismus	8
	1.1 Rassismus	9
	1.2 Völkischer Nationalismus	10
	1.3 Antisemitismus	10
	1.4 Antiziganismus	11
	1.5 Quantitative Aspekte des deutschen Rechtsextremismus	12
	1.6 Formen rechtsextremer Strukturen und Organisierung	13
	1.6.1 Rechtsextreme Parteien	13
	1.6.2 Rechtspopulistische Parteien	14
	1.6.3 Freie Kameradschaften	14
	1.6.4 Lifestyle, Codes, Subkultur	15
	2. Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft.....	16
	3. Dominanzkultur und Alltagsrassismus	17
III.	Vorgehensweise	18
	1. Methodenauswahl	18
	2. Unsere Vorgehensweise	19
	2.1 Bestandsaufnahme	19
	2.1.1 Interviews	19
	2.1.2 Sozialraumbesichtigungen	20
	2.1.3 Recherche	20
	2.2 Auswertung	20
	2.3 Gegenstrategien.....	21
IV.	Analyse	22
	1. Politische und soziale Situation allgemein in Friedrichshain	22
	1.1 Schule	22
	1.1.1 Allgemeines	22
	1.1.2 Sozialräume	23
	1.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen / Jugendsozialarbeit / freier Jugendbereich.....	24
	1.2.1 Allgemeines	24
	1.2.2 Sozialräume	25
	1.3 Verwaltung	26
	1.3.1 Allgemeines	26
	1.3.2 Fusion von Friedrichshain und Kreuzberg	27
	1.3.3 MigrantInnen	27
	1.4 Öffentlicher Raum.....	27
	1.4.1 Allgemeines	27
	1.4.2 Zuzug von MigrantInnen	28
	1.4.3 Ausgegrenzte Randgruppen / subkulturelle Minderheiten	30
	1.4.4 Sozialräume	30
	1.5 NGOs / Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement	31
	2. Alltagskulturelle Diskriminierung und Ausgrenzung	33

2.1 Allgemeine Wahrnehmung	33
2.2 Minderheitenperspektive.....	34
2.3 Jugendkontext: Schule und Sozialarbeit.....	35
2.4 Erwachsenenwelt.....	36
2.5 Spezifika des Rassismus	37
2.6 Blick auf Kreuzberg	38
2.7 Behörden und Verwaltung.....	40
3. Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung von Rechtsextremismus	40
3.1 Öffentlicher Raum.....	40
3.1.1 Sozialraum V.....	41
3.1.2 Sozialraum VI.....	42
3.1.3 Sozialraum VII	43
3.1.4 Sozialraum VIII	45
3.2 Kontextgebundenheit von Wahrnehmung / Nicht-Wahrnehmung.....	48
3.2.1 Dresscodes	48
3.2.2 Rechtsextremismus als Jugendproblem?	50
3.2.3 Unterschiede in der Wahrnehmung am Beispiel der Gaststätte „Der Baum“	50
3.2.4 Rechtsextremismus an Schulen und in Jugendeinrichtungen	51
4. Organisationen / Umfeld / Aktivitäten	52
4.1 Kameradschaften.....	52
4.2 Parteien	55
4.3 Ereignisse / Aktivitäten.....	55
4.3.1 Bierfestival.....	55
4.3.2 Rudolf-Heß-Gedenktag	56
4.3.3 Hakenkreuz-Schmierereien	57
4.3.4 Hardcore-Festival.....	57
4.3.5 Loveparade	58
5. Übergriffe	58
6. Opferperspektive	60
7. Zivilgesellschaftliches Potenzial	61
7.1 Schule	61
7.2 Kinder- und Jugendeinrichtungen / Jugendsozialarbeit / freier Jugendbereich.....	64
7.3 Verwaltung / Polizei	66
7.4 Öffentlicher Raum.....	67
7.5 NGOs / Initiativen mit zivilgesellschaftlichem Engagement	69
V. Zusammenfassung des empirischen Teils	67
VI. Gegenstrategien	68
X. Literatur	74

0. Vorwort

Der Anfang war schwierig. Viele schienen der Meinung zu sein, dass Stadtteile wie Marzahn einen Monopolanspruch auf die Themen Rechtsextremismus und Rassismus hätten. Kreuzberg steht bei vielen für multikulturelles Glück und Friedrichshain für den Simon-Dach-Kiez oder kurz zusammengefasst: Kreuzberg-Friedrichshain ist O.K. und Marzahn ist böse.

Das erschien uns, dem „Zentrum Demokratische Kultur“ und der vormaligen Bürgermeisterin Frau Grygier noch etwas undifferenziert. Stellt man in den Mittelpunkt des Denkens einen Demokratiebegriff, dessen Kern die Achtung der allgemeinen Menschenrechte und damit der explizite Schutz von Minderheiten ganz im Sinne unseres Grundgesetzes ist, wird man jenseits der rosaroten Brille schnell feststellen, dass auch hier das Paradies noch nicht vollendet ist, sondern sehr wohl Bestrebungen und Phänomene zu erkennen sind, die das demokratische Ziel bekämpfen und im konkreten Alltag aushöhlen wollen.

Einen wesentlichen Teil dieser Bestrebungen wollten wir kenntlich machen und ausführlich analysieren. Um das zu können, muss die Besonderheit Kreuzberg-Friedrichshains bedacht werden. Dieser neue Ost-West Bezirk ist trotz aller Bemühungen noch immer ein Konstrukt aus zwei doch sehr unterschiedlichen Bezirksteilen mit recht unterschiedlicher Sozialstruktur. Es lag deshalb nahe, nach den spezifischen Schwerpunkten demokratischer Gefährdungen zu fragen und in beiden Stadtteilen getrennte Forschungsstrategien umzusetzen.

Konkret kam es dabei zu folgender Zieldefinition. Gemeinsames Thema ist der Blick auf rechtsextremistische Bestrebungen in beiden Stadtteilen, auf Phänomene bzw. Ideologiestrukturen, die Kernbestandteil rechtsextremer Weltbilder sind wie der Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus. Sowie demokratiesichernde und entwickelnde Potenziale. Für die spezifische Situation in Kreuzberg haben wir zusätzlich eine neue Erweiterung vorgenommen, nämlich die Analyse islamistischer Phänomene. Um potenziellen Missverständnissen vorzubeugen: wir setzen islamistische Strukturen ausdrücklich nicht mit rechtsextremen Phänomenen gleich. Allerdings gehen wir davon aus, dass es zwischen den ideologischen Strukturen des Islamismus und des Rechtsextremismus sehr wohl Überschneidungen gibt, deren Schnittmenge zu benennen sein wird und deren soziale, historische und psychologische Entstehungshintergründe unbedingt zu beachten sind, um gefährliche und falsche Stigmatisierungen zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund und im Wissen, ein Terrain zu betreten, in dem man leicht missverstanden wird, haben wir uns entschieden, die empirischen Erhebungen für Kreuzberg und für Friedrichshain zu trennen. Dieses dient der Lesbarkeit wie der Genauigkeit in der Analyse.

Diese Analyse dient einem übergeordneten Ziel: wir wollen eine Diskussion zum Thema Demokratieentwicklung im Bezirk entfachen. Unsere Studie soll nicht im universitären Diskurs verschwinden, sondern sie soll Diskussionen über örtliche Problemfelder anregen und ist an alle Interessierten im Bezirk gerichtet. Sie soll Anregungen für eine demokratische Weiterentwicklung im Bezirk geben und dabei nicht übergeordnete und abstrakte Themen streifen, sondern örtliche Brennpunkte benennen und Anregungen geben, was konkret mit den wenigen vorhandenen Mitteln vor Ort getan werden kann.

Die wissenschaftliche Analyse dient somit alleine der Praxis. Dies hatte Auswirkungen auf die Wahl der Methoden. In der Sozialforschung stehen sich traditionell verschiedene Forschungsrichtungen gegenüber. Die quantitativen Sozialforscher messen Einstellungspotenziale. Bekanntes Beispiel ist die Frage nach dem potenziellen Verhalten, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Eine solche Studie ist immer sinnbringend und doch haben wir uns für eine andere Methode entschieden: die qualitative Sozialforschung. Mittels der Durchführung von Leitfadeninterviews, Beobachtungen, Gruppengesprächen und der Auswertung externer Materialien (Presse, Internet etc.) werden Daten zum Thema erhoben und zu einer „dichten Beschreibung“ einer Situation verarbeitet. Es wird somit nicht gemessen, sondern detailliert beschrieben. Ein Beispiel zur Verdeutlichung:

In einem fiktiven Jugendraum treffen sich durchschnittlich 100 Jugendliche. Zehn von ihnen verfügen über ein ausgeprägtes rechtsextremes Weltbild. Der quantitative Sozialforscher kommt deshalb zu dem Ergebnis, dass 10 % der Jugendlichen rechtsextrem orientiert seien. Er wird dieses Ergebnis ins Verhältnis zu anderen Jugendstudien stellen und im Vergleich vielleicht feststellen, dass diese Zahl eher unterdurchschnittlich erscheint. Der qualitative Sozialforscher hingegen wird feststellen, dass es rechtsextrem orientierte Jugendliche im Club gibt. Er versucht danach, deren Verhalten zu beschreiben und ihr Verhältnis untereinander wie zu den anderen Jugendlichen zu erfassen. Ihn interessieren Fragen, ob die rechtsextrem orientierten Jugendlichen zum Beispiel den Türsteher spielen und das Musikprogramm bestimmen. Ob sie andere verprügeln oder vielleicht eher verprügelt werden; ob sie die anderen beein-

flussen oder beeinflusst werden und was überhaupt die Angestellten im Club dazu meinen und ob diese die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer Arbeit brauchen.

Die qualitative Sozialforschung ist somit nicht (durchgehend) repräsentativ, hat aber den Vorteil, flexibler auf soziale Phänomene reagieren zu können und mehr Faktoren aufzugreifen, die bei der Überlegung für resultierende Handlungen gewinnbringend sein könnten. "Unser Ansatz hat damit deutlich zu benennende Grenzen, die methodisch bedingt sind. So sind generalisierende Aussagen kaum möglich. Statt dessen liefern wir eine Vielzahl ortsnaher Daten und Informationen, die diskursanimierend wirken sollen. Ideal wäre es unsere Meinung nach, wenn aufbauend auf diese qualitative Studie eine quantitativ orientierte Erhebung "nachgeschoben" werden könnte." Wir haben uns aus diesem Grund bewusst für das Konzept der „dichten Beschreibung“ entschieden.

Im Resultat bestehen beide Studien für Kreuzberg und Friedrichshain aus drei übergeordneten Kapiteln:

1. Theorie-Kapitel: in ihm werden Begriffe definiert, soziale und historische Bezüge erörtert und Bezug auf den wissenschaftlichen Forschungsstand genommen
2. Empirischer Teil: „Dichte Beschreibung“ der Situation im Sinne der oben skizzierten und noch zu konkretisierenden Themen
3. Formulierung von Handlungsstrategien, die auf der Analyse aufbauen und sich an den örtlichen Realitäten orientieren

Wir hoffen sehr, dass unsere Arbeit mit der Vollendung dieser Studie nicht beendet ist, sondern eigentlich erst beginnen soll. Im dritten Punkt werden wir dazu konkrete Angebote unterbreiten. Vorab jedoch möchten wir noch die Gelegenheit nutzen, unsere Institution kurz vorzustellen:

Wer ist das „Zentrum Demokratische Kultur“?

Das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) wurde 1997 als ein Projekt der ‚Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e. V.‘ maßgeblich von Anetta Kahane und Bernd Wagner in Berlin gegründet.

Das ZDK arbeitet schwerpunktmäßig an der Expertise Rechtsextremismus und berät seit Jahren diverse Kommunen besonders in Ostdeutschland bei der kurz- und langfristigen Entwicklung von Gegenstrategien. Dabei haben sich unter dem Dach des ZDKs neben dem Bereich ‚Community Coaching‘ noch verschiedene andere Projektbereiche herausgebildet.

Beispielsweise ist das ZDK Träger des bundesweit bekannten und aktiven Aussteigerprojektes ‚Exit‘, wir stellen in Berlin eine ‚Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus‘, bieten Fortbildungen und Trainings an, unterhalten eine Auswertungsstelle, publizieren in der eigenen Schriftenreihe ‚Bulletin‘ und beraten verschiedene Akteure, Einzelpersonen, Jugendgruppen, Gewerkschaften, Firmen, Parteien und Initiativen. Wir sind dabei selbstverständlich parteipolitisch unabhängig und auch deshalb angewiesen auf Förderer unserer Arbeit wie das Verbundnetz Gas in Leipzig, das Nachrichtenmagazin ‚Der Stern‘, die Freudenberg- und die ‚Amadeu-Antonio Stiftung‘.

Was ist nun ‚Community Coaching‘?

Unter ‚Community Coaching‘ begreift das ZDK ein Angebot an Kommunen. Unser Ziel ist es, eine möglichst umfassende Demokratisierung und den Ausbau von Demokratisierungsprozessen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungen gerade im kommunalen Nahraum voranzutreiben.

Das geht erfahrungsgemäß jedoch nur, wenn möglichst viele an einem gemeinsamen Strang ziehen, womit häufig die Probleme beginnen. Unsere Erfahrung war, dass sich in vielen Kommunen verschiedene Menschen an einen ‚Runden Tisch‘ setzten, um gemeinsam zu handeln und dann erstens nicht wussten, was sie tun können und zweitens keine gemeinsame Einschätzung der lokalen Situation hatten.

Idealbildlich erzählte ein Lehrer dann aus der Schule, der Streetworker von der Straße, der Polizist von den Gewalttaten, der Bürgermeister von einer rechtsextremen Demonstration und der oder die Ausländerbeauftragte von den Erfahrungen einzelner Flüchtlinge. Zusammen wollte das aber kein Bild ergeben, was bedeutete, man konnte sich auch nicht über konkrete Problemfelder einigen und deshalb auch nur schwer über Strategien zur Bekämpfung der Probleme nachdenken.

An diesem Punkt setzt unser Konzept an: wir denken, dass ein gemeinsames Handeln einen gemeinsamen und von allen akzeptierten Blick auf die lokale Situation und die vorhandenen Probleme braucht. Das kann unangenehm sein und dabei können auch Konflikte auftreten. Das ZDK als anerkanntes Expertenteam bietet deshalb bewusst als externer Partner an, die Situationsbeschreibung in Form einer wissenschaftlichen Analyse zu liefern. Unser Ziel bleibt dabei, wie oben beschrieben, an lokalen Feldern

und Situationen anzusetzen, um dort zu einer demokratiefördernden Maßnahme zu gelangen.

Dass wir dieses auch in Kreuzberg-Friedrichshain dürfen, haben wir verschiedenen Personen und Institutionen zu danken. Unser Dank geht zu allererst an unseren Auftraggeber, das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung. Ohne das beeindruckende Engagement von Frau Grygier wäre die Zusammenarbeit nicht zustande gekommen. Ihre Nachfolgerin Frau Reinauer begleitete die Umsetzung des Projekts ebenso engagiert. Besonderer Dank gilt auch dem Einsatz von Frau Ehrlichmann, die immer ansprechbar war und sich sehr um das Projekt bemühte. Ein herzliches Dankeschön geht auch an alle unsere InterviewpartnerInnen, die sich Zeit für uns nahmen und uns herzlich und offen empfingen.

I. Einleitung

Die ersten Gespräche wurden zu später Stunde in einem Friedrichshainer Straßencafe geführt. Ausgerechnet in der Idylle des Simon-Dach Kiezes für ein Projekt zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Demokratieentwicklung in Friedrichshain zu werben, schien kein leichtes Unternehmen zu sein, stieß aber bei den Beteiligten trotzdem auf fruchtbaren Boden. Warum? Am Tisch saßen einige kommunalpolitisch engagierte Personen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen. Im Gespräch entwickelte sich bald ein Konsens darüber, dass es auch im Friedrichshain diverse Punkte gibt, wo es sich „lohne, mal hinzugucken“. Und genau das wollte das „Zentrum Demokratische Kultur“ tun: Hingucken; aber systematisch und mit wissenschaftlicher Methode; wir wollen Problemfelder, wo sie denn existieren, zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratieentwicklung, benennen und eine Idee entwickeln, wie auf diese Probleme reagiert werden kann. Dabei haben wir nicht den Anspruch erhoben, auf alle Fragen fertige Antworten zu finden. Wir können auch keine vollständigen „Lagepläne“ der Situation formulieren. Viel zu unterschiedlich sind die Perspektiven aller Beteiligten und es wäre unredlich und wenig seriös, wenn wir jedes soziale Phänomen mit einem wie auch immer gearteten Label titulieren würden.

Statt dessen wollen wir im Folgenden die unterschiedlichen Sichtweisen auf unsere Thematik darstellen und Felder benennen, von denen wir meinen, dass es dort problematische Entwicklungen gebe und am Ende einen Versuch starten, eine Handlungsoption zur Diskussion zu stellen. Entsprechend gliedert sich diese Studie in drei Teile:

1. Im ersten Teil definieren wir unsere Begriffe, um eine gemeinsame Gesprächsgrundlage zu entwickeln. Wir erklären unseren methodischen Ansatz und geben einen kurzen Theorierahmen vor, anhand dessen wir die empirische Erhebung vorbereitet haben.
2. Den Schwerpunkt legen wir auf die Darstellung der empirischen Ergebnisse. Dieses Kapitel gliedert sich in mehrere Unterpunkte, die systematisch aufeinander aufbauen. Nach einer allgemeinen Einführung zur politisch-sozialen Situation im Bezirk erarbeiten wir uns Kenntnisse über rechtsextreme Strukturwelten, die rechtsextrem-orientierte Jugendkulturlandschaft und ihr Wirken in einer Alltagskultur, die wesentlich auch von Erwachsenen mitgeprägt ist, die wir in Bezug auf Formen der Diskriminierung und rassistische Verhaltensweisen hin analysieren. Vertiefend wird darin auf die Bereiche Gewalt und besonders den Aspekt der Opferperspektive eingegangen.
3. Aufbauend auf die empirische Darstellung und basierend auf einem theoretischen Leitbild haben wir eine Idee entwickelt, wie mit den Erkenntnissen der Studie umgegangen werden könnte und diese zur Diskussion angeboten.

Wir hoffen mit dieser Studie, einen örtlichen Diskurs zum Themenfeld Demokratieentwicklung im Bezirk anregen zu können. Dazu gehört, dass die HerausgeberInnen der Studie Ihnen gerne für Diskussionen, Fragen, Anregungen, Kritik etc. zur Verfügung stehen. Wir freuen uns auf einen hoffentlich spannenden Dialog.

II. Begriffserklärungen

Theoretischer Rahmen

Wir möchten zu Beginn der Studie unsere wesentlichen Begrifflichkeiten definieren und anschließend einen theoretischen Rahmen liefern, vor dessen Hintergrund wir die empirische Erhebung konzipiert haben.

1. Rechtsextremismus

Die Rechtsextremismusforschung in Deutschland verfügt über keine kontinuierliche Geschichte und ist geprägt durch zeithistorisch bedingte konjunkturelle Phasen, in denen das Thema mal mehr, dann wieder weniger behandelt wurde.¹ Dabei ist es bisher weder zu einer einheitlichen Theoriebildung noch zu einer Klärung diverser Forschungsfragen gekommen. Dies gilt auch für den Grundbegriff ‚Rechtsextremismus‘ selber. Richard Stöss stellt dazu fest:

„Der Rechtsextremismusbegriff gehört zu den amorphsten Begriffen der Sozialwissenschaften. Er wird für unterschiedliche Sachverhalte in Anspruch genommen; es besteht keine eindeutige Zuordnung zwischen dem Zeichen Rechtsextremismus und dem, wofür es steht. Die nicht hinreichend festgelegte Verwendung des Ausdrucks erschwert die Verständigung, fördert Missverständnisse und behindert in vielen Bereichen den Vergleich von Forschungsergebnissen.“²

Andere Autoren teilen diese Kritik. Stellvertretend sei Pfahl-Traugber zitiert:

„Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft vielfach einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird.“³

Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, zu Beginn der Arbeit die eigenen Begriffe konkret zu bestimmen und gegebenenfalls von anderen Begriffen oder Definitionsverständnissen abzugrenzen, um Klarheit in Bezug auf die Arbeitsgrundlagen zu gewinnen.

Was ist Rechtsextremismus?

In Deutschland existieren mehrere Schulen der Rechtsextremismusforschung mit einem unterschiedlichen Verständnis ihres Forschungsgebietes. Eine wesentliche Richtung bezieht sich auf den *„Rechtsextremismus als amtlicher Begriff“*, wie Stöss es nennt.⁴

Diese Richtung begreift den Rechtsextremismus als einen Unterbegriff des Oberbegriffes „Extremismus“, der parallel mit anderen Formen des „Extremismus“, nämlich „Linksextremismus“ und „Ausländerextremismus“ genannt wird. Als „extremistisch“ gelten nach diesem Verständnis alle Bestrebungen,

„... die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“⁵

Die wesentlichen Vertreter dieser Richtung, Uwe Backes und Eckhard Jesse, verstehen dabei politischem „Extremismus“

„... als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen (...) die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen.“⁶

Mittelpunkt dieses Verständnisses von Extremismus ist die Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung, die erstmals 1952 vom Bundesverfassungsgericht im Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei Deutschland definiert wurde. Konkret heißt es dort:

„So lässt sich die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit

und der Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁷

Nach dem Verständnis von Jesse und Backes sind politische Bestrebungen dann als „extremistisch“ zu bezeichnen, wenn sie diese demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Es handelt sich somit um eine reine Negativdefinition, das heißt sie grenzt sich ab und bestimmt nicht die Wesensmerkmale der Bestrebungen, sondern heftet ihnen nur ein Kürzel „rechts“, „links“ oder gar „Ausländer“ an. Trotz einiger Versuche von Backes und Jesse Gemeinsamkeiten „extremistischer“ Positionen zu definieren⁸, blieb dieser Definitionsansatz in der wissenschaftlichen Debatte nicht unwidersprochen. Beispielsweise beklagt Neugebauer

„ ... die Eindimensionalität des Konzepts und seine Ausrichtung an einem normativen Demokratiebegriff (...) Damit wird es der Komplexität der Verhältnisse nicht gerecht.“⁹

Als problematisch wird insbesondere die Gleichsetzung von „Rechten“, „Linken“ und weiteren Bestrebungen betrachtet, die Differenzierungen vermissen lassen. Man bedenke alleine die unzähligen Debatten, was eigentlich eine z. B. linke Bestrebung überhaupt sei, die Bibliotheken füllt. Sinnvoll erscheint es deshalb, sich von einer Negativ- zu einer Positivdefinition vorzuwagen, die den unterschiedlichen Strömungen und Ausrichtungen der Realität gerecht wird.

Für diese Arbeit wird deshalb das Verständnis von Jaschke übernommen. Er erklärt:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen.“

¹⁰

Der Fokus der Untersuchung richtet sich somit nicht alleine auf Organisationsstrukturen, auf die der Verfassungsschutz unter durchaus sinngebendem Bezug zum vorgestellten politischen „Extremismusbegriff“ sein besonderes Augenmerk richtet, sondern geht über dieses Verständnis hinaus und versucht somit alle Facetten wie Einstellungen, Organisationen und Verhaltensformen zu betrachten, was gleichzeitig die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus vehement in Frage stellt.

Im Besonderen konstituiert sich der Rechtsextremismus über ein Set verschiedener Ideologien. Diese sind als Denkformen zu verstehen und damit die Voraussetzung rechtsextremen Handelns. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Rechtsextremismus keiner einheitlichen Ideologie folgt, sondern dass konkurrierende Ansätze existieren, die Einfluss auf Strategie und Taktik bei der Durchsetzung eigener Ziele ausüben und entsprechende Ideologien unterschiedlich zum Einsatz bringen. Zum besseren Verständnis der Studie werden folgend zentrale Ideologien erläutert.

1.1 Rassismus

Die Einteilung von Menschen in verschiedene „Rassen“ geht auf die Entstehung moderner Wissenschaften im 19. Jahrhundert zurück und diente im Nationalsozialismus zur Rechtfertigung der Ermordung der europäischen Juden, Sinti und Roma.

Im Zuge der Kolonisierung der Welt durch die Staaten Mittel- und Westeuropas wurden Menschen entlang der Achse Zivilisiertheit-Wildheit bestimmte Eigenschaften zu- bzw. aberkannt.¹¹

Menschen aufgrund ihres Aussehens und/oder ihrer Herkunft für höher- bzw. minderwertig zu halten, stellt somit eine Grundform rassistischen Denkens dar. Zunächst werden biologisch-phänomenologische Merkmale wie z.B. Haut- oder Haarfarbe in rassistischen Konstruktionen in Zusammenhang mit geistigen, sexuellen oder kriminellen Eigenschaften gebracht. Wird Menschen auf dieser Grundlage der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen verweigert, so lässt sich mit R. Miles (1989) von „institutionel

lem Rassismus" sprechen. Durch die Annahme „natürlicher“ Ungleichwertigkeit findet eine Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheit statt. Das Staatsbürgerschaftsrecht – trotz seiner Änderungen – und die daraus resultierenden Ausländergesetze stellen eine strukturelle Dimension von Rassismus dar, da in diesen Gesetzen die Vorenthaltung einiger bürgerlicher Rechte, etwa das Wahlrecht, geregelt ist. In dieser gesellschaftlichen Praxis der Ausschließung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität wird deren prinzipielle Ungleichheit begründet und legitimiert. Innerhalb dieses Rahmens können individuelle rassistische Denk- und Handlungsweisen als „normal“ erscheinen und mit tradierten rassistischen Vorstellungen verbunden zur Aneignung einer rechtsextremen Weltansicht führen.

Eine moderne Variante des Rassismus stellt der **Kulturalismus** oder **Ethnopluralismus** dar: Die prinzipielle Verschiedenheit von Kulturen / Lebensweisen wird hervorgehoben, um zu begründen, warum Menschen unterschiedlicher kultureller und / oder religiöser Traditionen nicht miteinander leben können. Letztlich ist hier das Biologische durch eine analog dem Biologischen konstruierte Kultur ersetzt worden, an die Stelle des Bluts tritt die Kultur. Dies äußert sich z.B. in der Wahlparole der REPUBLIKANER „Jedem Volk sein Land“. Die extreme Rechte ist mit diesen Vorstellungen allerdings nicht allein, sondern findet Anschluss an Diskurse in der Mehrheitsgesellschaft. Mit Überfremdungsszenarien wie „Sterben die Deutschen aus?“ (EXPRESS, Köln), rassistischen Parolen wie „Kinder statt Inder“ (Jürgen Rüttgers, CDU) und bei der Unterschriftenaktion des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch gegen die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts werden rechtsextreme Positionen von Teilen der gesellschaftlichen Mitte flankiert.¹²

1.2 Völkischer Nationalismus

Unter „völkisch“ versteht das Untersuchungsteam des ZDK eine biologistische und kulturalistische Konstruktion, die unterschiedlich akzentuiert wird. Einerseits orientiert sich der Gebrauch der Kategorie des „Völkischen“ an den traditionellen deutsch-nationalistischen bis nationalsozialistischen Ideen der Ableitung der „Lebensart“ aus dem „Blut“. Andererseits ist er an die Hypothese einer essenzialistischen, angeblich spezifisch deutschen Kultur, die sich historisch legitimiert und eng an das Nationen-Konzept einer autochthonen, „organisch“ gewachsen kulturellen Gemeinschaft angeschlossen. Im zweiten Fall wird das Biologische einfach durch eine analog dem Biologischen konstruierte homogene Kultur ersetzt, die den einzelnen schicksalhaft determiniert wie ehemals das „Blut“ und die vor allem keinerlei interne Differenzen zu kennen scheint.

Auf der Basis dieser Ideologie in Verbindung mit einer absoluten Ausrichtung auf einen „Führer“ wird eine organische Verbindung von „Volk“ und Staat als gesellschaftliches Leitbild propagiert mit dem Ziel der Herstellung einer „Volksgemeinschaft“. Juden, Sinti & Roma, Schwule & Lesben, Nichtdeutsche, Schwarze, sozial Schwache, sogenannte Behinderte und Andersdenkende haben in dieser Gemeinschaft keinen Platz, was sich in Gewalttaten gegen diese Personengruppen äußert.

Diese Auflistung macht den reduzierenden Charakter von Begriffen wie Ausländerfeindlichkeit bzw. Fremdenfeindlichkeit in Zusammenhang mit rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten deutlich; in dieser Studie finden beide Begriffe folglich keine Verwendung.

1.3 Antisemitismus

Der Begriff als Ausdruck von Gegnerschaft und Hass auf die Juden setzte sich Ende der 70er Jahre im 19. Jahrhundert in ganz Europa durch. In weiten Teilen der Bevölkerung hatte die bürgerliche Gleichstellung und Emanzipation der europäischen Juden im 19. Jahrhundert Ablehnung hervorgerufen. JudengegnerInnen hatten mit dem Antisemitismus einen Sammelbegriff für die antijüdische Bewegung gefunden.

Der traditionelle, vor allem durch kirchliche Lehren beeinflusste Antijudaismus wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend durch den rassistisch begründeten Antisemitismus abgelöst. Durch pseudowissenschaftliche Arbeiten erklärte man die Juden biologistisch zu einer „Rasse“ und schrieb damit jedem Juden unveränderliche negative Stereotype zu. „Der Jude“ war somit verantwortlich für alle politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen.

Insbesondere in Deutschland wurden die Juden zu einer existenziellen Bedrohung des völkischen deutschen „Kollektivs“ stilisiert und mit der „Lösung der Judenfrage“ frühzeitig die Beseitigung gesellschaftlicher Probleme verknüpft. In Verschwörungstheorien unterstellte man dem Judentum die Vorbereitung einer jüdischen Weltherrschaft – jedes noch so unlautere Mittel dabei einsetzend. Die deutsche „Notwehr“ auf dieses Bedrohungsszenario endete bekanntlich im Vernichtungslager Auschwitz und mit der Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden. Antisemitismus war in der nationalsozialistischen

Begriffserklärung

Gemeinschaft die zentrale ideologische Klammer, die Widersprüche und Interessensgegensätze zu überbrücken und die Massen zu mobilisieren vermochte.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Alliierten war die deutsche Reaktion auf den Holocaust vor allem durch Schuldabwehr geprägt. Das Einsetzen deutscher Entschädigungszahlungen nach der Staatsgründung Israels 1948 wurde vielfach als jüdische „Erpressung“ und „Aussaugen“ Deutschlands abgelehnt. Momentan spiegelt sich das antijüdische Ressentiment oftmals in einer vermeintlichen Kritik Israels wider: Die Opfer von einst seien längst zu Tätern geworden, beständig werden Israel Nazi-Methoden gegenüber den Palästinensern vorgeworfen. Damit werden der Holocaust und die deutschen Verbrechen relativiert und eine Entlastung von der historischen deutschen Schuld herbeizuführen versucht.

Der deutsche Rechtsextremismus knüpft unmittelbar an diese antisemitischen Denkmuster an und verwendet sie propagandistisch auf verschiedene Weise.

Er bezieht sich positiv auf den nationalsozialistischen rassistischen Antisemitismus und die versuchte Vernichtung aller Juden weltweit. Die Rehabilitierung des Nationalsozialismus als eine politische Perspektive kann aus rechtsextremer Sicht aber nur dann gelingen, wenn der Holocaust und die Ermordung sechs Millionen europäischer Juden nicht der zentrale Code des kollektiven Erinnerns darstellt. Im Mittelpunkt dieser revisionistischen Aktivität steht die Behauptung der sogenannten „Auschwitz-Lüge“: selbsternannte Gutachter wollen glauben machen, dass in Auschwitz keine Vergasung von Menschen stattgefunden hat, um die Opferzahl auf weniger als eine Million herunterzurechnen. Mit dieser Zahl – die der seriösen wissenschaftlichen Forschung Hohn spricht – wird darauf gehofft, den Nationalsozialismus als modernes, fortschrittliches Modell wieder salonfähig machen zu können. In diesen Kontext gehört auch der unerbittliche Widerstand gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“, welche die Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an der Ermordung von Juden und anderen Bevölkerungsteilen nachweist und dem Bild des ehrenhaften deutschen Soldaten eine Absage erteilt.

Dass auf dieser Basis jede Form von Entschädigung an jüdische Opfer und deren Nachkommen grundlegend abgelehnt wird und die Zahlungen, die nie ein Ausgleich für erlittene Qualen und Demütigungen sein können, agitatorisch wie oben bereits erwähnt als jüdische „Erpressung“ und „Aussaugung“ des deutschen „Volkes“ verstanden werden, erschließt sich von selbst.

Gemäß den klassischen Verschwörungstheorien erblicken Rechtsextremisten hinter allem, was ihrem Weltbild zuwider läuft, die unkenntliche jüdische Macht, die weltweit mit dem Ziel ihrer Weltherrschaft die politischen und wirtschaftlichen Fäden in Händen halte. Das Schlagwort von der „Ostküste“ – traditionell Zentrum des amerikanischen Judentums – kennzeichnet diese Ideologie: von hier aus würden Juden das amerikanische Establishment und damit die Weltpolitik steuern. Entsprechend wird die Regierung der USA als „Zionist Occupied Government“ (ZOG) bezeichnet. Vor allem die Unterstützung Israels durch die USA ist den rechtsextremen Protagonisten dabei ein Dorn im Auge: Rechtsextreme aller Strömungen solidarisieren sich seit dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada mit Palästina und begrüßen jedes Selbstmordattentat gegen israelische Zivilisten. Und umso eindringlicher Israel die Vernichtung von verschiedener arabischer Seite angedroht wird, umso bereitwilliger ist die Solidarisierung mit dem jeweiligen Regime.

Alle meinungsbildenden Medien in demokratischen Gesellschaften gelten als „verjudet“, das bedeutet, Juden würden die Meinungsbildung in dem ihnen unterstellten Sinne kontrollieren. Aus diesem Grund erkenne dann das „Volk“ nicht seine wahren Bedürfnisse und könne sich nicht entfalten. Daran lässt sich bereits erkennen, dass für Rechtsextremisten Juden keine Deutschen sein können und dürfen, schaden sie doch angeblich dem deutschen „Volk“. Folglich sind sie im Rückgriff auf den nationalsozialistischen Sprachgebrauch „parasitär“. Dieser Hass und die unablässige Hetze gegen alles vermeintlich Jüdische impliziert die Aufforderung an „wahre“ Deutsche – die in dieser Weltsicht immer nur Opfer sein können – sich gegen die Juden zu wehren und den antisemitischen Pogrom zu beginnen.

„Der“ Jude ist und bleibt in der rechtsextremen Ideologie die Bedrohung schlechthin für alles „wahrhaft“ Deutsche. Antisemitismus ist innerhalb der rechtsextremen Szenerie ein einigendes Moment, hinter dem Differenzen verschiedener Strömungen zurücktreten.

1.4 Antiziganismus

Der Begriff kennzeichnet die Feindschaft gegenüber Sinti und Roma, die sich aus Legenden, Klischees

und Stereotypen zusammensetzt. Hierüber erfolgen Zuschreibungen, die homogenisierend auf die gesamte Gruppe angewendet werden.

Sinti bezeichnet diejenigen Angehörigen der Minderheit, die seit dem Spätmittelalter in Mitteleuropa leben, Roma diejenigen osteuropäischer Herkunft. Bis heute werden Sinti und Roma als „Zigeuner“

bezeichnet. Dies ist eine bis ins Mittelalter zurückreichende Fremdbezeichnung. Von der Minderheit selbst wird sie als diskriminierend abgelehnt, sind doch dem Begriff „Zigeuner“ neben dem „ziehenden Gauner“ weitere Vorurteile und Klischees eingeschrieben. Obwohl die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti die Eigenbezeichnung Sinti und Roma Anfang der achtziger Jahre in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat und dies somit dem Selbstverständnis dieser in Deutschland lebenden Minderheit entspricht, wird nach wie vor landläufig von „Zigeunern“ gesprochen.

Die Vielfältigkeit innerhalb der Gruppe von Sinti und Roma wird ausgeblendet, die Zuschreibungen erhalten einen biologistischen Charakter unveränderlicher Merkmale. Zentral ist die Behauptung, dass die Gruppe an sich stiehlt und bettelt. Gleichzeitig wird das Leben der „Landfahrer“ und ihre Musikalität romantisiert, was im realen Leben dieser Menschen durch Entbehrungen und Diskriminierung so wohl nie erlebt wurde. Negative wie vermeintlich „positive“ Zuschreibungen dienen lediglich der Stigmatisierung.

Mit der Herausbildung moderner bürgerlicher Gesellschaften im Sinne von Industriegesellschaft und Nationalstaat entstanden antiziganistische Stereotype. Durch die Änderung der Produktionsweise und der damit verbundenen Landflucht entstand in den Städten ein Armen- und Bettlerproblem. Entsprechend der vorherrschenden protestantischen Arbeitsethik hatten nur diejenigen eine Existenzberechtigung, die etwas leisteten. Armut galt als selbstverschuldet. Gegen die Armen richtete sich der Hass, sie wurden zu Vagabunden erklärt und wegen Bettelei und Landstreicherei bestraft. Sie wurden als „fremd“ wahrgenommen und schließlich unter dem Begriff „Zigeuner“ gefasst, unter den auch Räuber und Diebe fielen.

Da sie angeblich nicht der nun notwendigen Arbeitsmoral entsprachen und der Disziplinierung der Arbeitskräfte hinderlich waren wurden sie als „Fremde“ klassifiziert, die lediglich Kosten verursachen, und ideologisch als nicht zugehörig ausgeschlossen. Die staatliche Politik verwendete seit Anfang des 18. Jahrhunderts die „Zigeuner“-Konstruktion, um alles, was „frevelhaf“ oder „unbotmäßig“ erschien, verfolgen zu können. Verfolgt wurden die „Zigeuner“, weil sie sich den zeitgemäßen Anforderungen verweigerten: abhängige Arbeit und sesshafte Untertänigkeit. Sie wurden verfolgt als vaterlandslos, also nicht-deutsch, Kriminelle und müßiges Gesindel. Diese Zuschreibungen und zum Teil auch die daraus hervorgehenden Konsequenzen sind bis heute in der deutschen Gesellschaft virulent.

Der historische und aktuelle Rechtsextremismus überzeichnet und radikalisiert die deutschen Tugenden Ordnung, Sauberkeit, Disziplin und Leistung. Aus diesem Grund richtet sich ihr Hass und die Aggression auch gegen Sinti und Roma, da die hier beschriebenen „Zigeuner“-Bilder und Stereotype mit ihrer Ideologie übereinstimmen. Der „gesunde deutsche Volkskörper“ muss diesem konstruierten Weltbild folgend von solchen „schädlichen“ und nicht-deutschen „Elementen“ gereinigt werden.

1.5 Quantitative Aspekte des deutschen Rechtsextremismus

Nach dem Berliner Verfassungsschutzbericht 2001 ergeben sich für die Bundeshauptstadt folgende Angaben:

Das Gesamtpotenzial beträgt für Berlin 2.640 Personen (2000: 2680).

Die Zahl gewaltbereiter Rechtsextremisten umfasst 640 Personen (2000: 830).

Erfasst sind 270 rechtsextremistische Gewalttäter.

2001 erfolgten insgesamt 455 erfasste Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund (2000: 333). Davon waren 35 als Gewaltdelikte ausgewiesen, 420 Straftaten umfassen wiederum maßgeblich Propagandadelikte und Volksverhetzung, gefolgt von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Beleidigung, Verstoß gegen das Waffengesetz, Sachbeschädigung und andere.

Die Erfassungskriterien für Straf- und Gewalttaten mit rechtem bzw. rechtsextremem Hintergrund wurden im Mai 2001 reformiert und der bisher verwendete Begriff „Extremismus“ zugunsten der weitergefassten

Definition „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ eingeführt, um Straftaten in diesem Bereich einheitlich erfassen zu können. Rückwirkend zum 1. Januar 2001 sollen die neuen Kriterien für alle Bundesländer verbindlich sein. Zu diesem Schritt sahen sich die Behörden veranlasst, weil nach intensiven Recherchen der „Frankfurter Rundschau“ und des Berliner „Tagesspiegel“ von 1990 bis 2000 in Deutschland 93 Menschen von Rechtsextremisten getötet wurden, die offizielle Statistik für diesen Zeitraum aber nur 23 auswies.

Dennoch müssen Angaben der Verfassungsschutzbehörden mit Vorbehalt verwendet werden. Das Land Berlin beispielsweise wertet auf Grund der gesetzten Kriterien „Hakenkreuz-Schmierereien“ als nicht politisch motivierte Propagandadelikte, da in der Regel keine Hinweise auf Täter und deren Motivation vorlägen. Von insgesamt 1.397 Straftaten mit dem Hintergrund eines Propagandadelikts finden für das Jahr 2001 dann nur 238 Eingang in die Statistik „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“.

Das Zahlenmaterial des Verfassungsschutzes bietet die Möglichkeit, Tendenzen zu erfassen – aus diesem Grund finden sie hier Erwähnung. Prinzipiell muss allerdings im Bereich der Straf- und Gewalttaten davon ausgegangen werden, dass eine hohe Dunkelziffer existiert. Opfer rechter Straftaten erstatten oft keine Anzeige aus Angst vor weiteren Übergriffen oder bei Tätern wird der rechtsextreme Hintergrund nicht anerkannt. In der Nacht des 9. August 2001 wurde der Obdachlose D. Manzke in Dahlewitz (Brandenburg) von fünf jungen Männern zu Tode getreten. Bei der Festnahme gaben die Täter an, sie hätten den Obdachlosen vertreiben und „Ordnung schaffen“ wollen. Ein rechtsextremes Motiv wurde von Staatsanwaltschaft, Landesregierung und Bundesregierung bestritten, eine politische Motivation sei nicht erkennbar. Das Tötungsdelikt fand keinen Eingang in die Statistik „Politisch motivierte Straftaten – rechts“.

1.6 Formen rechtsextremer Strukturen und Organisierung

Zu rechtsextremen Erscheinungen gehören untrennbar rechtsextreme Strukturen. Sie stellen jedoch nur eine mögliche Facette im Erscheinungsbild des modernen Rechtsextremismus dar und sind im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten und zu bewerten.

Hierunter zählen

- a) Parteistrukturen
- b) Strukturen wie Freie Kameradschaften

1.6.1 Rechtsextreme Parteien

Im rechtsextremen Spektrum existieren mehrere Parteien und Parteinetzwerke, davon nehmen aber nur drei eine besondere Bedeutung ein:

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

1964 in Hannover gegründet, hat die NPD heute mit Sitz in Berlin bundesweit 6.500 Mitglieder, davon 250 in Berlin. Parteivorsitzender seit 1996 ist Udo Voigt. Ihr angeschlossen ist die Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mit bundesweit etwa 500 Mitgliedern, 35 aus Berlin. Mit der „Deutschen Stimme“ verfügt die Partei über eine monatlich erscheinende Zeitung, hinzukommen weitere regionale und örtliche Publikationen.

Nach der Öffnung für das militante, neonazistische Spektrum nimmt die Partei eine bedeutsame Rolle in der rechtsextremen Bewegung ein: sie tritt als Anmelderin für Demonstrationen auf, was ein Verbot aufgrund ihres Parteienstatus erschwert. Die NPD arbeitet nach dem sogenannten „Drei-Säulen-Konzept“: „Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente“. Mit dem Einsetzen der Debatte um ein NPD-Verbot und der Enttarnung mehrerer V-Männer in hohen Parteifunktionen machten sich Desintegrationseffekte bemerkbar, die vor allem aus Kreisen der „Freien Kameradschaften“ betrieben wurden. 0,4 Prozent der Wählerstimmen bekam die Partei bei der Bundestagswahl 2002 (Berlin: 10.893 Erststimmen; 11.260 Zweitstimmen).

Die Republikaner (REP)

Insgesamt etwa 11.000 Mitglieder hat die 1983 gegründete Partei, 600 davon in Berlin. Das Parteiorgan „Der Republikaner“ erscheint monatlich mit einer Auflagenstärke von 20.000. Spektakuläre Wahlerfolge erzielte die Partei 1992 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent und bei den

Berliner Kommunalwahlen mit 8,3 Prozent. 1996 erreichten sie in Baden-Württemberg mit 9,2 Prozent erneut ein gutes Ergebnis. In anderen Bundesländern war und ist die Bedeutung der Republikaner bei Wahlen geringfügig. Bei den letzten Bundestagswahlen erhielt die Partei lediglich 0,6 Prozent der Wählerstimmen (Berlin: 3.370 Erststimmen; 12.768 Zweitstimmen). Der augenblickliche Parteivorsitzende Dr. Rolf Schlierer verfolgt eher einen rechts-konservativen Kurs und übt sich in Distanzierung von militanten Rechtsextremisten.

Die Deutsche Volksunion (DVU)

1971 als Verein gegründet, agiert die DVU seit 1987 unter der Führung des Münchner Millionärs Dr. Gerhard Frey. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 15.000, in Berlin 600. Das Parteiorgan „National-Zeitung – Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)“ erscheint wöchentlich mit einer Auflage von ungefähr 45.000. Neben kleineren Erfolgen bei Landtagswahlen erzielte die DVU 1998 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt mit einem Zweitstimmenanteil von 12,9 Prozent das bisher beste Wahlergebnis einer rechtsextremen Partei in der BRD. An diesen Erfolg konnte aufgrund schlecht ausgebildeter Parteistrukturen und der zentralistischen Ausrichtung jeglicher Politik an ihren Parteivorsitzenden Frey nicht angeknüpft werden. Bei diversen Wahlen – so auch zur Bundestagswahl 2002 – trat die DVU erst gar nicht mehr an. Mit der „National-Zeitung – Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) und anderer Publikationen aus dem Hause des Verlegers Dr. Gerhard Frey wird dennoch agitatorischer Einfluss auf das rechtsextreme Potenzial in der Bevölkerung genommen.

1.6.2 Rechtspopulistische Parteien

Die Partei Rechtstaatlicher Offensive („Schill-Partei“)

Im Jahr 2000 von dem ehemaligen Strafrichter Ronald Barnabas Schill in Hamburg gegründet, erreichte die im Kürzel nach ihm benannte „Schill-Partei“ bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im September 2001 auf Anhieb 19,4 Prozent der Stimmen. Bekannt geworden durch überharte Urteile in Bagatelldfällen und dem Vorwurf, der Hamburger Senat habe ein Herz für Verbrechen, mobilisierte Schill mit einem rechtspopulistischem Law-and-order-Programm seine Wähler. Er besetzt traditionell rechts-konservativen Themen wie Innere Sicherheit, Ausländerkriminalität und die Schwäche des National- und Wohlfahrtsstaates. Nach dem Erfolg in Hamburg wurden weitere Landesverbände gegründet bzw. sind in Vorbereitung. Bundesweit verfügt die Partei nach eigenen Angaben momentan über mehr als 7.600 Mitglieder, davon 341 in Berlin. Nach der Bundestagswahl 2002 stilisierte die Partei ihre Wahlniederlage mit 0,8 Prozent der Wählerstimmen (Berlin: 2.586 Erststimmen; 34.481 Zweitstimmen) zu einem Achtungserfolg um.

1.6.3 Freie Kameradschaften

Als Reaktion auf die Verbote rechtsextremer Parteien 1992 („Nationalistische Front“ (NF), „Deutsche Alternative“ (DA), „Nationale Offensive“ (NO)) verfolgte ein Teil derjenigen Aktivisten, die offen den Nationalsozialismus propagieren, den Ansatz der Kameradschaft, der keine formalen Partei- oder Organisationsstrukturen mehr benötigte. Die Möglichkeit des staatlichen Zugriffs gegenüber rechtsextremer Organisation soll damit untergraben werden. Der andere Teil reorganisierte sich in der NPD und ihrer Jugendorganisation JN.

Die einzelnen Kameradschaften stellen sich nach außen als loser Zusammenschluss dar, dahinter stehen jedoch hierarchisch und straff arbeitende Strukturen, die sich aus Kadern zusammensetzen und über jahrelange Aktivitäten gewachsen sind. Agiert wird in bundesweiten Netzwerken, deren Anführer durch ihre politische Vergangenheit legitimierte Autoritäten sind. Auseinandersetzungen über taktische politische Fragen finden auch hier statt.

In Berlin existieren zur Zeit sieben solcher Kameradschaften. Seit 1996 erhält dieser Teil des rechtsextremen Spektrums ungebrochen Zulauf. Eine Kameradschaft setzt sich aus einer überblickbaren Anzahl von Personen zusammen, zu denen auch Frauen gehören. Bedeutung in der rechten Szenerie kommt ihnen durch die Verbindung zur rechten Jugendkultur zu. Aus diesem Feld wird Nachwuchs rekrutiert und die politische Einstellung über Codes nach außen vermittelt. Kameradschaften verstehen sich in diesem Kontext als Sammlungsbewegung. Strategisch wird sich an das Konzept der nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA) angelehnt, indem über Aufmärsche und Aktionen „die Straße erobert“ werden soll.

Es besteht zum Teil eine enge Kooperation mit der NPD/JN, wobei der Einfluss der „Freien Kameradschaften“ auf die Parteipolitik zeitweise groß war. Vor allem nach dem NPD-Verbotsantrag und der Feststellung, dass mehrere hohe Parteifunktionäre für den Verfassungsschutz tätig waren, wird die Zusammenarbeit mit der NPD von Teilen der Kameradschaften vehement kritisiert und abgelehnt.

1.6.4 Lifestyle, Codes, Subkultur¹³

Die ganze rechtsextreme Organisationswelt würde weniger Aufmerksamkeit verdienen, wenn ihre Angebote nicht nachgefragt würden. Rund um die Kameradschaften, deren Mitglieder selbst oftmals nicht als solche wahrgenommen werden, hat sich in vielen Orten eine rechtsextrem orientierte Jugendkultur entwickelt, mit eigenen ästhetischen Vorstellungen, Stilen, Symbolwelten, die auch Ausdruck in bestimmten Modeartikeln und Umgangsformen findet. Dabei wäre es jedoch missverständlich, diese Ausbildung als alleiniges Produkt der Planung einiger weniger zu begreifen. Vielmehr wirkt diese Jugendkultur als ein sich selbst erweiterndes System, was sich darin zeigt, dass sie in vielen Orten zu einer bestimmenden Sozialisationsinstanz geworden ist. Die Kameradschaften scheinen vielerorts eher in der Rolle zu sein, diese Netze zu verknüpfen und mit Angeboten zur Aktivierung zu versorgen – mit dem Ziel eine eindeutig rechte „kulturelle Hegemonie“ zu etablieren und abzusichern.

Konkret konnte das „Zentrum Demokratische Kultur“ diese Struktur des Zusammenspiels von Organisationen und Jugendkultur u .a. in seiner Kommunalanalyse des Berliner Bezirkes Hohenschönhausen beschreiben. Dort agierten mindestens zwei Kameradschaften mit folgenden Zielrichtungen:

- Besetzung öffentlicher Jugendeinrichtung mit dem Ziel, dort zur dominanten Gruppe zu werden und das Klima in den Clubs zu gestalten. Dabei spielte das Konzept einer Integration nach innen eine wesentliche Rolle, was bedeutet, dass rechtsextreme Jugendliche versuchen, die Clubleiter für sich einzunehmen, dass sie sich um Jüngere kümmern, Konflikte zum Teil selber steuern und lösen und radikal alle ablehnen, auch mit den Fäusten, die nicht in ihr rechtsextremes Weltbild gehören, wie zum Beispiel Migrant*innenjugendliche oder Angehörige anderer Jugendkulturen wie den Hip-Hop-Fans.
- Gezielte Ansprache von Jüngeren an Schulen. Junge Mitschüler ab 12, 13 Jahren werden gezielt angesprochen und eingeladen zur gemeinsamen Freizeitgestaltung. Angebote sind dabei das gemeinsame Bier trinken am Nachmittag, Sportveranstaltungen oder gemeinsame Feiern. Diejenigen, die diese Angebote regelmäßiger annehmen, werden später auch zu selbst organisierten Ferienfreizeiten mitgenommen oder dürfen mit nach Brandenburg fahren, um dort mit anderen rechtsextremen Kameraden und Kameradinnen am Lagerfeuer zur Gitarre Lieder von Gruppen wie „Arisches Blut“ zu singen.

Diese rechtsextreme Jugendkultur ist zum Teil erkennbar über die bereits erwähnten Ausdrucksformen in ihrer Mode, Musik oder Symbolik. Eine Darstellung der Gesamtpalette ist hier nicht leistbar, wohl aber können einige Punkte skizziert werden:

Musik

Musik mit rechtsextremen Texten gibt es heute in nahezu allen Stilrichtungen. Liedermacher wie Frank Rennicke, Jörg Hähnel oder Annett spielen zur Gitarre auf. „DJ Adolf“ und die „Deutsche Techno Initiative“ unterlegen Techno mit rassistischen und NS-verherrlichenden Texten. Es gibt mit den „Zillertaler Türkenjägern“ ein rechtsextremes Musikprojekt, das bekannte deutsche Stimmungslieder rassistisch, antisemitisch und gewaltverherrlichend umdichtet. Weiter existiert eine breite Sparte an Rock-, Heavy-Metal- und Punk-ähnlicher Musik. Wenn die Texte manchmal gar nicht oder nur schwer zu erkennen sind, hilft zur Kennung häufig schon der Bandname. Einige Beispiele: „Landser“ und „Spreegeschwader“ stehen für revisionistische Texte; „Thorshammer“, „Lokis Horden“ und „Odins Erben“ bedienen die rechtsextremen Freunde der nordischen Mythologie. An den „Weißen Riesen“ erfreuen sich Rassisten u.s.w.¹⁴

Mode

Eindeutig falsch ist das weit verbreitete Vorurteil, Rechtsextreme trügen immer Glatzköpfe, Springerstiefel mit weißen Schürsenkeln und Bomberjacken zur Domestosjeans. Rechtsextreme tragen heute durchaus fast alle möglichen Farben, Formen und Artikel. Es existieren Mode- und Bekleidungsmarken, die explizit im neonazistischen Spektrum angesiedelt sind und solche Firmen, die von der Szene gerne genutzt werden, aber keinen Bezug zur organisierten Szene haben.

Symbole

Viele Symbole der rechtsextremen Szene sind der nordischen Mythologie entnommen. Dazu gehören

Schriftzeichen und besonders Runen.

Codes

Zum Ausdruck der Jugendkultur gehören auch gewisse Gruß- und Schreibcodes. Einige Beispiele:

Ausdruck:	Steht für:
88	Heil Hitler
18	Adolf Hitler
C 18	Kampf Adolf Hitler
1347 oder MDG	Mit deutschem Gruß
2+8	Blut und Ehre (Blood&Honour)
Kanaken	AusländerInnen, MigrantInnen, Flüchtlinge
Unwerte	Behinderte Menschen
Abnorme	Homosexuelle Menschen
Zecken	Linke
Asseln	„asoziale“ Menschen
Langnasen	Juden und Jüdinnen
14 (words)	„We must secure the existence of our people and a future for white children“

2. Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextremismus entsteht aus sozio-kulturellen Milieus, in dem sich die oben beschriebenen Ideologiefragmente in unterschiedlicher Ausprägung wiederfinden. Entgegen der allgemeinen Auffassung ist Rechtsextremismus kein allein ostdeutsches Problem, genauso wenig ist er ein Jugendphänomen und eine rein männliche Domäne – kurz: Rechtsextremismus ist in allen sozialen Schichten, in allen Altersklassen und bei beiden Geschlechtern anzutreffen. Dass grundlegend rechtsextreme Positionen in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen und sich Rechtsextreme deshalb überhaupt als militante Vollstrecker des „Volkswillens“ gerieren können, zeigt ein Blick auf Ergebnisse aktueller Untersuchungen.

Prof. Dr. Oskar Niedermayer, Prof. Dr. Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002

Sieben Prozent der 2.051 Befragten befürworteten eine rechtsautoritäre Diktatur. Chauvinismus war bei 20 Prozent festzustellen, was einer Zustimmung zu Aussagen wie „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“ und „Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ entspricht. 28 Prozent zeigten durch die Zustimmung zu Aussagen wie „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ rassistische Einstellungen. Antisemitischen Aussagen wie „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“, „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ und „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ stimmten zwölf Prozent der Befragten zu. Sozialdarwinistischen Aussagen wie „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“, „Eigentlich sind die Deutschen andere Völkern von Natur aus überlegen“ und „Es gibt wertvolles und unwertes Leben“ erhielten von fünf Prozent Zustimmung. Ebenfalls fünf Prozent stimmten mit den Aussagen „Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen“, „Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ und „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ überein.

Unter der Anhängerschaft der verschiedenen politischen Parteien sind rechtsextreme Einstellungen unterschiedlich stark verbreitet. Bei den Anhängern rechtsextremer Parteien ist das rechtsextreme Einstellungspotenzial wie erwartet am größten, aber auch unter den Anhängern der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD finden sich in nicht unerheblichem Ausmaß rechtsextreme Einstellungen.

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer: Feindselige Mentalitäten. Zustandsbeschreibungen zur angetasteten Würde von Menschen in Deutschland

Bei dieser Langzeitstudie werden jährlich 3.000 repräsentativ ausgewählte Personen in Deutschland befragt. 2002 vertraten 16 Prozent der Befragten die rassistische Auffassung, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt sind; für 14 Prozent gibt es Gruppen in dieser Gesellschaft, die weniger wert sind

als andere. 55 Prozent sind der Ansicht, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben; wenn Arbeitsplätze knapp werden, sind 28 Prozent dafür, Ausländer zurückzuschicken. Im Bezug auf Antisemitismus beklagen 22 Prozent einen zu großen Einfluss der Juden. 17 Prozent behaupten, die Juden hätten eine

Mitschuld an ihren Verfolgungen aufgrund ihres Verhaltens. 52 Prozent der Befragten glauben, dass Juden aus ihrer Vergangenheit Vorteile ziehen wollen. 33 Prozent empfinden Ekel, wenn sie gleichgeschlechtliche Paare beim Küssen in der Öffentlichkeit beobachten. Obdachlose finden mehr als 42 Prozent unangenehm; 35 Prozent sind für deren Entfernung aus Fußgängerzonen.

3. Dominanzkultur und Alltagsrassismus

Anders als in anderen Gesellschaften mit Bevölkerung mit Migrationshintergrund, kann man in der Bundesrepublik einen deutschen Pass erwerben, aber wird von Teilen der Mehrheitsgesellschaft noch lange nicht als „deutsch“ anerkannt. Weiße Hautfarbe, christliche Sozialisation, deutsche Abstammung werden nach wie vor im Alltagsverständnis eines nicht unwesentlichen Teils der Bevölkerung als Voraussetzung angesehen, „richtig“ „deutsch“ zu sein. Der dazugehörige Wertekontext sogenannter deutscher Sekundärtugenden wie Fleiß, Ordentlichkeit, Pünktlichkeit bildet die Norm, an der Menschen mit Migrationshintergrund gemessen werden und an die sie sich anpassen sollen. Diese Dominanzkultur (Rommel-spacher 1992) bildet die Grundlage alltagsrassistischer Denk- und Handlungsweisen, die in Deutschland geborene Schwarze und Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur nicht als Deutsche anerkennt, sondern eine Erwartungshaltung in den Raum stellt, dass sie sich an die oben dargestellten Werte anpassen sollen. Damit soll nicht behauptet werden, dass es nicht auch Personen gibt, die dieses Schema ablehnen und entsprechend zu anderen Handlungsmustern gelangen. Die Abstraktheit dieser Norm spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle, da ein weitreichend getragener Konsens daraus geschöpft wird, dass die sich Anzupassenden eben keine „richtigen“ Deutschen sind. Das Tun und Lassen wird vor dem Hintergrund der vermuteten Herkunft der Personen interpretiert. Zu alltagsrassistischen Praxen gehört z.B. das unvermittelte Duzen von Schwarzen und Menschen mit Migrationshintergrund, auch wird oftmals mit Menschen, die kaum deutsch sprechen gesprochen wie mit einem Kind, einfach lauter gesprochen oder geradbrecht „machen du Tür zu“, „kommen du rein“, „du setzen hin“.

Gestützt werden diese Alltagsrassismen von institutionellen Praxen, wie etwa bei der Arbeitsplatzvergabe, um nur ein Beispiel zu nennen, bei der zuerst deutsche StaatsbürgerInnen berücksichtigt werden müssen und die Arbeit erst dann EU-AusländerInnen, AusländerInnen mit Aufenthaltsgenehmigung und dann erst Flüchtlingen (in dieser Reihenfolge) angeboten werden darf. Diese institutionellen Rassismen stellen einen Teil des Rahmens dar, in dem die Wahrnehmung von Menschen als höher- oder minderwertig selbstverständlich werden kann.

Theoretischer Rahmen für die empirische Darstellung

Elemente dieser theoretischen Herleitung erklären den Aufbau der empirischen Erhebung. Es ist zur Verdeutlichung festzuhalten, dass sich rechtsextreme Phänomene nicht auf rechtsextreme Strukturen beschränken lassen. Vielmehr ist das Zusammenspiel aus mindestens folgenden Facetten zu analysieren:

- Rechtsextreme Strukturen und ihr
- Zusammenwirken mit einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur vor dem Hintergrund einer
- Praxis des Alltagsrassismus und der institutionellen Diskriminierung.

Entsprechend wird in der Empirie immer auf die Vielfalt dieser Facetten Bezug genommen.

